

Friederikes Wi(e)dersprüche

Sendung Oktober 2012

Sendetext mit Quellen und Anhang

- ANT:** Stell Dir vor, Friederike, da gibt es eine Befragung¹ von weißen Amerikanern ländlicher Herkunft. Würden sie – wenn das zur Wahl stände – eher für den iranischen Präsidenten Mahmoud Ahmadinejad oder für den jetzigen US-Präsidenten Barack Obama stimmen?
- FRI:** Wer stellt denn so komische Fragen?
- ANT:** Nach dem Bericht war es das Gallup-Institut!
- FRI:** Und was war das Ergebnis?
- ANT:** Eine große Mehrheit für Ahmadinejad und gegen Obama!
- FRI:** Unglaublich! Aber ländliches Amerika.....
- ANT:** Da wird auch ein gewisser Dale Swiderski zitiert, der den iranischen Präsidenten sympathischer findet und mit dem lieber ein Glas Bier trinken würde als mit Obama.
- FRI:** Bier trinken, der Moslem Amadinejad?
- ANT:** 60% der Gefragten schätzen es besonders, dass Amadinejad im Gegensatz zu Obama zugibt, dass er Moslem ist.
- FRI:** Also Anton, ich kann mir das nicht vorstellen! Woher hast Du denn diese seltsame Meldung?
- ANT:** Die Quelle ist die iranische Nachrichtenagentur Fars, die die Meldung aus der US-amerikanischen Zeitschrift „Die Zwiebel“ übernommen hat.
- FRI:** Die Zwiebel – The Onion? Das ist ein bekanntes Online-Satire-Magazin – so ähnlich wie die Titanic bei uns. Die Zwiebel nennt sich zwar „America’s Finest News Source“, ist aber tatsächlich für höheren Blödsinn bekannt.
- ANT:** Ach Satire? Jetzt verstehe ich auch, warum auf der Webseite der Zwiebel steht: „Bitte besuchen Sie auch unsere Tochterorganisation Fars.“
- FRI:** Na, Anton, nächste Woche ist Präsidentenwahl in den USA; wer wird gewinnen? Obama oder Romney?
- ANT:** Also Friederike! Bin ich das Orakel der Delphine?
- FRI:** Was hat denn das mit Fischen zu tun?
- ANT:** Das sagt man doch so: das Orakel der Delphine!
- FRI:** (lacht) Du meinst das Orakel von Delphi, eine Stadt in Griechenland! Nein, das bist Du sicher nicht!
- ANT:** Natürlich nicht! Und im übrigen sind Delphine keine Fische. - Und woher soll ich wissen, wer in den USA den Wahlkampf gewinnt?
- FRI:** Auf Deinem Nachttisch lagen aber viele Artikel über den Wahlkampf in den USA und die Tagesschau hast Du bestimmt in den letzten Tagen auch immer gesehen!

¹ Lieber ein Bier mit Ahmadinejad (NZZ 16.10.2012)
 Gallup Poll: Rural Whites Prefer Ahmadinejad To Obama (the Onion 24.9.2012 unter:
<http://www.theonion.com/articles/gallup-poll-rural-whites-prefer-ahmadinejad-to-oba,29677/>)

- ANT:** Und Du glaubst, dass ich dann vorhersagen kann, wer in den USA gewinnen wird? Das wissen doch die Kandidaten selber nicht!
- FRI:** Und die vielen schlaunen Kommentatoren auch nicht!
- ANT:** Aber man kann schon einiges sagen: ziemlich sicher ist, dass das Ergebnis sehr knapp ausfallen wird!
- FRI:** Ach je, bloß kein Schnippsselsuchen wie vor einigen Jahren in Florida!
- ANT:** Was für Schnippssel haben sie denn da gesucht?
- FRI:** Bei der Präsidentschaftswahl gab es Lochkarten, wo die Löcher herausgedrückt werden mußten, was oft nur teilweise geschah; dann war es umstritten, welche Wahl der Wähler getroffen hatte. Einmal gab es auch Probleme mit Touch-Screen-Computern.
- ANT:** Was war denn da?
- FRI:** Auch keine eindeutige Wahl; außerdem bestand sogar der Verdacht, dass durch das Computerprogramm Bush bevorzugt wurde. Aber jetzt haben sie sicher alle diese Probleme ausgeräumt!
- ANT:** Und was ist ein Swing State²?
- FRI:** Das sind die Staaten, wo die Wahl vermutlich sehr knapp ausfallen wird; da kommt es auf jede Stimme an!
- ANT:** Wieso, ist doch egal, ob der eine 1000 Stimmen und der andere 1001 Stimme erhält! Beide Parteien sind dann doch etwa gleich stark.
- FRI:** Irrtum, großer Irrtum! Nach dem amerikanischen Wahlsystem gilt in den meisten Staaten das Prinzip „the winner takes it all“. Das heißt, das alle Wahlmänner dieses Staates für den Kandidaten abstimmen müssen, der die Mehrheit, die 1001 Stimmen hatte.
- ANT:** Und wieviel Wahlmänner hat ein Staat?
- FRI:** Das hängt von der Einwohnerzahl dieses Staates ab.
- ANT:** Finde das „...takes it all“-Prinzip ja nicht gerade demokratisch!
- FRI:** Ich ja auch nicht, aber das ist dort halt so!
- ANT:** Macht es das nicht noch schwerer, abzuschätzen wer die Wahl gewinnen wird?
- FRI:** Ja, das denke ich schon.
- ANT:** Und wer gewinnt?
- FRI:** Also Anton, laß uns doch mal lieber darüber sprechen, was die beiden Kandidaten für uns bedeuten würden – also Frieden oder Krieg und so!
- ANT:** Gut, wie wichtig ist denn bei den beiden das Militär?
- PAP:** Militär gehört abgeschafft
- ANT:** Na klar, Militär gehört abgeschafft, Frieda! Ich möchte aber wissen, wie Obama und Romney darüber denken!
- FRI:** Romney³ spricht dauernd von einem starken Amerika, er würde zum Beispiel die amerikanische Militärpräsenz im Nahen Osten verstärken durch die permanente Stationierung je einer

² Swing State (Wikipedia 3.11.2012 unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Swing_State)

³ Hoffnung ist keine Strategie (NZZ 10.10.2012)

The Candidates on U.S.-Iran Policy (Council on Foreign Relations 31.10.2012) Siehe Anhang
The Candidates on Homeland and National Security (Council on Foreign Relations 31.10.2012)

Flugzeugträgergruppe im östlichen Mittelmeer und einer im Persischen Golf.

ANT: Dann will er sicher doch auch in Syrien eingreifen?

FRI: Er will der Opposition in Syrien, soweit sie dem Westen freundlich gesinnt ist, Waffen liefern und sie zu Verbündeten heranwachsen lassen.

ANT: Und Afghanistan?

FRI: Dort soll der Abzugsplan weiter gelten, aber die Türe für eine amerikanische Militärpräsenz am Hindukusch soll⁴ weiter offen bleiben!

ANT: Wer sind denn die Berater von Romney?

FRI: Alle gehören zu den Neokonservativen! Viele haben schon für Bush gearbeitet.

ANT: Das sind ja schöne Aussichten! Da könnte der dritte Weltkrieg näher rücken.

FRI: Dritter Weltkrieg? In diesem Oktober⁵ haben wir an die schlimmsten Tage gedacht, die die Menschheit fast erlebt hätte! Am 14. Oktober 1962 brachte ein U2-Aufklärungsflugzeug nach einem Flug über Kuba Bilder zurück, die keinen Zweifel am Zweck eines sowjetischen Rüstungsaufbaus auf Kuba ließen: Abschußrampen für Raketen, Treibstofflager und Kommandobunker.

ANT: Planten die Russen einen großen Angriff auf Amerika?

FRI: Es sah jedenfalls so aus; Die Militärs drängten Präsident Kennedy zu einem großen Militärschlag, aber Kennedy verfügte eine Seeblockade gegen Kuba – jedes Schiff wurde untersucht auf Waffen und anderes militärisches Gut.

ANT: Klingt ja mächtig brenzlich!

FRI: Das war es auch! Es waren dann vor allem diplomatische Kanäle, die dazu führten, dass die russische Flotte umkehrte und nicht versuchte die Blockade zu durchbrechen.

ANT: Da hat die Welt vor der nuklearen Katastrophe gestanden! Und das ist genau 50 Jahre her?

FRI: Ja, genau 50 Jahre!

Kleine Pause

FRI: Anton, es gibt schon wieder Krach wegen einiger unbewohnter Inselchen.

ANT: Du meinst doch nicht etwa Helgoland? Um diese Insel haben sich England, Dänemark und Deutschland jahrhundertlang gestritten⁶

FRI: Aber Helgoland ist doch dicht besiedelt, von den Touristenströmen mal ganz abgesehen; nein es geht um fünf Inseln und drei Felsenriffe auf dem Festlandssockel im

⁴ Clinton begeistert mit seiner Rede für Obama (NZZ 7.9.2012)
Fernsehduell mit Biss (NZZ 18.10.2012)
Florida – der große Preis der amerikanischen Wahl (NZZ 30.10.2012)

⁵ 13 Tage am Rande des Atomkriegs (NZZ 115.10.2012)

⁶ Meyers Großes Taschenlexikon, 3. Auflage, „Helgoland“, S. 271

Ostchinesischen Meer mit einer Fläche von gut sechs Quadratkilometern⁷.

ANT: Geht es mal wieder um Erdöl?

FRI: Das auch, rund um die Senkaku-Inseln – so werden sie in Japan genannt – liegen sehr ergiebige Fischgründe, außerdem werden im Meeresgrund große Rohstoffvorkommen, vor allem Gas und Erdöl vermutet⁸

ANT: Aber Du sagtest, das die Inseln auf dem Festlandsockel im ostchinesischen Meer liegen, gehören sie dann nicht zu China?

FRI: Das behauptet die Volksrepublik China, nach ihren Dokumenten wurden die Diayu-Inseln – so heißen sie in China - bereits im 14. Jahrhundert von chinesischen Seeleuten beschrieben. Danach galten sie wiederholt als Teil des chinesischen Kaiserreichs⁹.

ANT: Die „Was-Inseln“? - Das ist aber sehr lange her, und was hat Japan mit den Inseln zu tun?

FRI: Senkaku oder Diayu-Inseln. Japan hat Ende des 19. Jahrhunderts den ersten japanisch-chinesischen Krieg gegen China geführt; da Japan den Krieg gewonnen hat, hat es sich nicht nur die Insel Taiwan, sondern auch die Senkaku-Inseln einverleibt. Ein japanischer Unternehmer hat dann vier der fünf Inseln gekauft¹⁰. Die fünfte Insel gehört heute Tokio, der Hauptstadt von Japan¹¹.

ANT: Das sind ja Zustände wie heute im Kapitalismus, Privatleute kaufen ganze Inseln auf, nur weil sie entsetzlich viel Knete haben.

FRI: Aber nach dem 2. Weltkrieg

ANT: Japan musste kapitulieren

FRI: da übernahm die amerikanische Besatzungsmacht die Senkaku-Inseln als Militärstützpunkt¹². Sie haben dort den Abwurf von Bomben geübt und die Inseln erst 1972 an Japan zurück gegeben. Vier der fünf Inselchen gehörten wieder ihrem früheren privaten Eigentümer¹³.

ANT: Grundeigentum überdauert alle Krisen, hat schon meine Großmutter gesagt, nach der Inflation 1923.

FRI: Und im Herbst diesen Jahres hat nun die Stadt Tokio für umgerechnet 20 Millionen Euro drei der fünf Senkaku-Inseln zurück gekauft¹⁴.

ANT: Da war China bestimmt nicht begeistert.

⁷ Wem gehören die Inseln im ostchinesischen Meer? (NZZ 28.09.2012)

⁸ Zank um drei Klippen im Ostchinesischen Meer (spiegel online, 09.07.2012, unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/streit-mit-pekings-japan-will-inseln-im-ostchinesischen-meer-kaufen-a-843435.html>)

⁹ Senkaku-Inseln, Wikipedia (<http://de.wikipedia.org/wiki/Senkaku-Inseln>)

¹⁰ Senkaku-Inseln, Wikipedia (<http://de.wikipedia.org/wiki/Senkaku-Inseln>)

¹¹ Japanisches Schiff kreuzt vor umstrittenen Inseln (spiegel online, 02.09.2012, unter: <http://staseve.wordpress.com/2012/09/02/streit-um-senkaku-inseln-japanisches-schiff-kreuzt-vor-umstrittenen-inseln/>)

¹² Warten auf Klugheit (NZZ 28.09.2012)

¹³ Senkaku-Inseln, Wikipedia (<http://de.wikipedia.org/wiki/Senkaku-Inseln>)

¹⁴ Japan kauft Inseln, China kontert mit Schiffen (Die Welt, 05.10.2012, <http://www.welt.de/politik/ausland/article109135098/Japan-kauft-Inseln-China-kontert-mit-Schiffen.html>)

- FRI:** Nicht nur China will die Inseln haben, sondern auch Taiwan, das sich 1950 zur Republik China erklärt hat¹⁵
- ANT:** Das ist ja ein riesiges Durcheinander.
- FRI:** Ja, Schiffe aus Taiwan und aus Japan haben sich vor den Inseln mit Wasserwerfern beschossen¹⁶
- ANT:** Wie eine Bettenschlacht, das ist doch kindisch!
- FRI:** In China haben viele Menschen gegen Japan demonstriert und zum Boykott japanischer Produkte aufgerufen¹⁷
- ANT:** Das ist ihr gutes Recht
- FRI:** und Japan, Taiwan und China haben Patrouillenboote zu den Senkaku-Inseln gesandt¹⁸; China hat Japan vor der UN vorgeworfen, die Inselchen gestohlen zu haben¹⁹.
- ANT:** Die heizen sich gegenseitig auf, nur wegen etwas Felsen im Meer
- FRI:** mit viel Gas und Erdöl darunter; aber es geht noch weiter: China hat am 19. Oktober ein Manöver im ostchinesischen Meer abgehalten, woraufhin die USA ihren atomar betriebenen Flugzeugträger George Washington dorthin beordert haben, um Japan im Inselstreit zu unterstützen²⁰
- ANT:** Aber nun sag mal, Friederike, wem gehören denn diese Inselchen wirklich? Nach meinem Eindruck hat Japan sie sich nach einem gewonnenen Krieg gegen China einfach unter den Nagel gerissen, das ist doch ungerecht!
- FRI:** Ungerecht ist das bestimmt, aber wohl legal
- ANT:** Was sagt die UN dazu?
- FRI:** Das ist ja gerade das Problem. Mit der UN-Charta von 1945 war es auf einmal verboten, sich gewaltsam fremdes Land, also auch fremde Inseln einfach anzueignen.
- ANT:** Und was war vor 1945?
- FRI:** Faustrecht, oder – wie ein Völkerrechtler so schön sagt: „Annexion war bis zur Schaffung des Gewaltverbotes ein anerkannter Gebietserwerbstitel“²¹
- ANT:** (Mm Mm) Was sich Japan vor 1945 angeeignet hatte, das durfte es auch nach 45 behalten?

¹⁵ Meyers Großes Taschenlexikon, 3. Auflage, „Taiwan“, S. 312

¹⁶ Japan und Taiwan liefern sich Wasserwerfer-Schlacht (Süddeutsche.de 25.09.2012, unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/streit-um-inselgruppe-im-ostchinesischen-meer-japan-und-taiwan-liefern-sich-wasserwerfer-schlacht-1.1478137>)

¹⁷ Chinesische Demonstranten fordern Krieg gegen Japan (Süddeutsche.de 18.09.2012, unter: Chinesische Demonstranten fordern Krieg gegen Japan www.sueddeutsche.de/politik...)

¹⁸ Chinesische Militärschiffe provozieren Japan (spiegel online, 14.09.2012, unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/senkaku-inseln-china-schickt-schiffe-in-japanische-gewaesser-a-855738.html>);

Taiwan schickt Patrouillenboote zu Senkaku-Inseln (spiegel online, 13.09.2012, unter:

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/streit-mit-japan-taiwan-schickt-schiffe-zu-senkaku-inseln-a-855616.html>);

Japanisches Schiff kreuzt vor umstrittenen Inseln (spiegel online, 02.09.2012, unter:

<http://www.nzz.ch/aktuell/international/inselstreit-china-schickt-patrouillenboote-1.17591247>);

¹⁹ China wirft Japan Inselklau vor (spiegel online, 28.09.2012, unter:

<http://www.nzz.ch/aktuell/international/inselstreit-china-schickt-patrouillenboote-1.17591247#>

²⁰ USA provozieren mit Seemanöver (NZZ 22.10.2012)

²¹ Oliver Diggelmann, Wem gehören die Inseln im Ostchinesischen Meer? (NZZ 28.09.2012)

- FRI:** ja, hier noch einmal der Völkerrechtler zum Gewaltverbot in der UN-Charta von 1945: „Verbot jeder weiteren Annexion und Einfrierung der territorialen Besitzverhältnisse“²²
- ANT:** Kein Wunder, das es dann knallt, China und Japan und auch Taiwan, die sollten sich an einen Tisch setzen und die Fische und das Gas und das Erdöl gerecht teilen. Bei den Fischen geht es doch. Das sind doch Naturschätze, die müssten allen Menschen gehören.
- FRI:** Davon sind wir aber weit entfernt, solange wir noch Militär haben,
- PAP:** Militär gehört abgeschafft
- ANT:** So ist es Frieda, du kluge Papageiendame, Militär gehört abgeschafft.

²² Oliver Diggelmann, Wem gehören die Inseln im Ostchinesischen Meer? (NZZ 28.09.2012)

Anhang

Auszug aus: The Candidates on U.S.- Iran Policy

Council on Foreign Relations

Barack Obama

Democratic Incumbent, Running Mate Joe Biden

Upon entering the White House, President Obama invited the leaders of the Islamic republic to reset U.S.-Iran relations. In a [video message](#) addressing Iranians during the Persian holiday of Nowruz, he stated that his administration sought "engagement that is honest and grounded in mutual respect."

These efforts, however, were upended by the disputed Iranian presidential election and ensuing protests of June 2009. While Obama initially opted for a muted response, the Iranian regime's violent crackdown of opposition supporters complicated his administration's attempt to balance outreach with its defense of human rights.

In October 2009, the Obama administration brokered a fuel-swap deal in conjunction with the International Atomic Energy Agency (IAEA), which required the international community to provide fuel for Tehran's research reactor while implementing safeguards. Iran initially agreed to these terms, but it later withdrew support.

By 2010, Tehran's [continued repression of opposition supporters](#) and newly surfaced reports outlining Iran's enrichment-related activities (including information that it was building a secret uranium-enrichment facility near Qom) resulted in Obama's hardening stance toward the country. The administration has since worked to isolate Iran diplomatically and economically by imposing new sanctions and toughening existing ones against the regime, both unilaterally and through the United Nations. Some analysts believe the administration participated in covert actions to sabotage Iran's nuclear program, most notably with the [2010 Stuxnet cyberattack \(NYT\)](#), but there has been no official confirmation of U.S. involvement.

In November 2011, following a [report by the IAEA](#) that included "[credible evidence](#)" ([BBC](#)) of an Iranian nuclear weapons program, the administration redoubled its efforts to squeeze the regime. For the first time, U.S. sanctions targeted Iran's petrochemical and banking sectors. In February of 2012, Obama signed an executive order authorizing U.S. institutions to [freeze all property and interests \(al Jazeera\)](#) of the Iranian government, central bank, and financial institutions that come within U.S. jurisdiction.

With regards to a [military strike](#) against Iran, the Obama administration insists that one remains on the table, but it continues to underscore the merits of working toward a diplomatic resolution. In [remarks delivered at the American Israel Public Affairs Committee \(AIPAC\)](#) policy conference in Washington, D.C. on March 4, President Obama told the crowd that "diplomacy backed by pressure" could succeed. He added that, "Iran's leaders should understand that I do not have a policy of containment; I have a policy to prevent Iran from obtaining a nuclear weapon."

In late March 2012, Obama said there was a "[sufficient supply of non-Iranian oil](#)" ([BBC](#)) to proceed with sanctions aimed at slashing Tehran's oil revenue while avoiding a disruptive spike in oil prices. While the Obama administration continues to press for [more sanctions \(WashPost\)](#), it has [remained largely silent \(Haaretz\)](#) in the face of the increasingly bellicose rhetoric coming out of Tel Aviv's defense ministry.

In a *60 Minutes* interview in September, Obama denied feeling any pressure from Israeli Prime Minister Benjamin Netanyahu to draw "red lines" on Iran after which the United States would respond militarily. "When it comes to our national security decisions, any pressure that I feel is simply to do [what's right for the American people](#)," he said.

In his annual address to the UN General Assembly in September, Obama repeated that the United States wants to resolve [Iran's nuclear issue through diplomacy](#), but that the time for doing so is not unlimited. He also noted that the goal remains to prevent Iran from obtaining nuclear weapons, not containment after the fact.

In the [third and final presidential debate](#) held on October 22, the president denied a [report](#) published in the *New York Times* that the United States would engage in bilateral talks with Iran about its nuclear program after the election.

Obama then proceeded to emphasize the importance of exhausting diplomatic and economic sanctions before considering a military strike: "The disagreement I have with Governor Romney is that, during the course of this campaign, he's often talked as if we should take premature military action. I think that would be a mistake, because when I've sent young men and women into harm's way, I always understand that it's the last resort, not the first resort."

He also touted the success of the economic sanctions levied against Iran, noting that its currency has been devalued by 80 percent and oil exports are at their lowest level in twenty years.

Mitt Romney

Republican Candidate, Running Mate Paul Ryan

Mitt Romney has called for broad U.S. support of Iranian dissidents working to bring about regime change in their country. During the November 2011 [primary debate](#) in Spartanburg, South Carolina, the Republican challenger faulted Obama for not speaking out sooner during the pro-democracy protests of 2009 and telling protesters, "America is with you."

During that debate, Romney stated that it was "unacceptable for Iran to have a nuclear weapon," and referenced the range of economic, diplomatic, and military measures he would employ to deter Tehran. "If you'd like me as the next president, they will not have a nuclear weapon," he said.

In regards to the Strait of Hormuz, Romney said he would consider it an "act of war" if Iran closed the critical sea passage during the [January 2012 primary debate](#) in Tampa, Florida. He also expressed concern about the size of the U.S. Navy. "It is appropriate and essential for our military, for our navy to maintain open seas," he said.

Like President Obama, Romney also voiced his support for tough economic sanctions against Iran at the AIPAC policy conference in March 2012, but stressed that he would be ready to take matters further if necessary. He told the assembled crowd, "I will make sure Iran knows of the very real peril that awaits if it becomes nuclear."

In an [op-ed](#) entitled "How I Would Check Iran's Nuclear Ambition" (*WashPost*), Romney wrote that he would "restore the regular presence of aircraft carrier groups in the Eastern Mediterranean and the Persian Gulf region [and increase] military assistance to Israel and [improve] coordination with all of our allies in the area."

During his trip to Jerusalem in July 2012, Romney garnered headlines for his espousal of several pro-Israeli positions, including a zero-tolerance policy toward Iran developing the ["capability" to build a nuclear weapon \(FT\)](#).

"As we face the challenges of an Iran seeking nuclear capability, we must draw upon our interests and our values to take them on a different course," he stated after meeting with Prime Minister Netanyahu. For some analysts, this statement represents a significant semantic shift from his previously held objection to Iran's acquisition of a nuclear "weapon," because such terminology could potentially be used to lower the bar for a preemptive military strike.

In an [op-ed in late September](#), Romney mentioned Iran in discussing the situation in the Middle East, mentioning Iran. "When we say an Iranian nuclear-weapons capability—and the regional instability that comes with it—is unacceptable, the ayatollahs must be made to believe us," he wrote.

In a major speech on [foreign policy in October](#), Romney spoke of the Iran-Syria relationship. "Iran is sending arms to Assad because they know his downfall would be a strategic defeat for them," he said. "We should be working no less vigorously with our international partners to support the many Syrians who would deliver that defeat to Iran—rather than sitting on the sidelines."

In the [third presidential debate](#) held in Boca Raton, Florida on October 22, Romney repeated his assertion that "a nuclear-capable Iran is unacceptable to America" but was in broad agreement with the Obama administration's approach of imposing economic sanctions: "[T]hey do work. You're seeing it right now in the economy. It's absolutely the right thing to do, to have crippling sanctions. I would have put them in place earlier. But it's good that we have them," he said.

Romney also said that Iran perceives the United States as weak because the president did not adequately support the Green Revolution, and called for Ahmadinejad to be indicted under the Genocide Convention for his comments on Israel, which, he said, are tantamount to "genocide incitation."